



## Niederschrift

49. Plenarsitzung des Gemeinderates  
25. April 2023, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

11.

Punkt 10 der Tagesordnung: Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe

Vorlage: 2022/1029

Punkt 10.1 der Tagesordnung: Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe

Änderungsantrag: CDU

Vorlage: 2022/1029/1

Punkt 10.2 der Tagesordnung: Förderung der ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe

Interfraktioneller Änderungsantrag: GRÜNE, SPD

Vorlage: 2022/1029/2

### Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 25.01.2023 sowie im Hauptausschuss am 14.02.2023 die zukünftige Vergabe landwirtschaftlicher städtischer Grundstücke anhand der weiterentwickelten Kriterien zur Unterstützung und Förderung der ökologischen Landwirtschaft.

*(Anm. Ziffer 5 auf Seite 4 wurde gestrichen; siehe Seite 10 des Protokolls)*

### Abstimmungsergebnis:

CDU-Antrag 2022/1029/1 Ziffer 2:	Mehrheitliche Ablehnung.
CDU-Antrag 2022/1029/1 Ziffer 3:	Mehrheitliche Ablehnung.
Antrag GRÜNE/SPD 2022/1029/2:	Mehrheitliche Ablehnung.
Geänderte Verwaltungsvorlage:	Mehrheitliche Zustimmung.

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 10 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 25. Januar 2023 und im Hauptausschuss am 14. Februar 2023.

Wir haben es vielfach vorberaten. Ich würde deswegen jetzt erst mal die Debatte hier abwarten wollen.

**Stadträtin Rastätter (GRÜNE):** Bund und Land fördern die ökologische Landwirtschaft immer mehr. Inzwischen haben Bund und Land auch festgelegt, dass die ökologische Landwirtschaft in Deutschland, in Baden-Württemberg, auf mindestens 30 Prozent, in Baden-Württemberg ist 30 bis 40 Prozent angegeben, im Biodiversitätskonzept weiterentwickeln wollen. Natürlich ist klar, dass dazugehört, dass auch vor Ort in den Regionen und vor allem auch hier in unserer Stadt das auch eine Herausforderung ist, auch dann dazu beizutragen, dass wir unsere Landwirte und Landwirtschaft in Karlsruhe, die noch vorhanden ist, wir haben ja immer noch schöne Kulturlandschaften, dass die ebenfalls sich bis 2030 zur ökologischen Landwirtschaft zu 30 Prozent entwickelt. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht. In diesem Antrag haben das Anliegen auch die Fraktionen des Gemeinderats unterstützt, und wir haben dazu ein Konzept gefordert, das vor allem eben auch sicherstellt, dass dann diese Betriebe so gefördert werden und die Nachfrage entsprechend steigt in Karlsruhe, damit das erreicht werden kann. Nun haben wir heute kein Gesamtkonzept vorliegen, sondern wir haben die Änderung der Pachtverträge und gerade auch diese Änderung der Pachtverträge mit der Priorisierung, die jetzt das Liegenschaftsamt vorschlägt, ist natürlich ein geeignetes Mittel, ein Steuerungselement, damit wir, zumindest was die freierwerdenden Flächen anbelangt, eben dann jetzt weiterkommen beim Ausbau der ökologischen Landwirtschaft in Karlsruhe. Es ist natürlich aktuell so, das wissen wir alle, dass es aktuell keine freien Flächen gibt und auch in absehbarer Zeit wahrscheinlich sehr wenig landwirtschaftliche Flächen frei werden, wenn denn überhaupt. Insofern verstehen wir diese Priorisierung vor allem eben auch als eine Signalwirkung, eine deutliche Ansage, aber nicht nur an die Landwirte in Karlsruhe, sowohl die Vollerwerbsbetriebe als auch an die Nebenerwerbsbetriebe, sondern wir verstehen das auch als Ansage an die Stadtgesellschaft, denn die muss natürlich auch gewonnen werden, ihre Nachfrage nach ökologischen Produkten aus der Region zu stärken, und dazu sind sie auch bereit. Das sehen wir auch, wie die Nachfrage nach ökologischen Produkten zunimmt. Wir haben allerdings auf Wunsch der SPD bei der Priorisierung eine kleine Änderung vorgenommen. Für uns ist aber das Wichtigste, dass bei der Priorisierung eben die ökologische Landwirtschaft profitiert, aber wir wollen die Betriebe, die noch nicht ökologisch wirtschaften gewinnen, und wir brauchen auch weiterhin die Angebotsstruktur in unserer Stadt, deshalb haben wir jetzt die Priorisierung auf die Haupterwerbsbetriebe konzentriert. Abschließend möchte ich sagen, die ökologische Landwirtschaft ist gut für die Gesundheit, für die Biodiversität und, das ist uns Grünen auch besonders wichtig, für den Tierschutz, und da können wir sicher auch Sie alle dafür gewinnen.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Die Landwirtschaft ist die Grundlage allen Wirtschaftens, und insofern begrüßen wir es als CDU-Fraktion, dass wir uns regelmäßig auch mit diesem Thema beschäftigen und auch mit der Struktur in unserer Stadt. Es ist gesagt worden, das Land Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, 30 Prozent der Flächen ökologisch zu bewirtschaften. Das ist auch gut und richtig so. Es ist aber, und da möchte ich jetzt einfach die Vorlage, die uns auf dem Tisch liegt heute, auf Seite 2 zitieren, dass eben diese Zielerreichung im urbanen gegenüber dem ländlichen Raum aufgrund der kleinteiligen Flächenstruktur sowie der Flächenverfügbarkeit deutlich erschwert ist. Das ist nämlich aus unserer Sicht genau der Knackpunkt. Wir haben hier in der Stadt zum Glück noch einige Landwirte, Haupterwerbslandwirte, Familienbetriebe, oft in der 2. oder 3. Generation, die hier anbauen, ihre Produkte regional anbieten und für die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung zur Verfügung stellen, die auch ja wirklich stark angenommen werden durch die Hofläden, die diese Betriebe haben. Und es ist auch gesagt worden, wir haben das Problem, dass die Landwirte uns immer sagen, wir haben zu wenig Flächen, weil oft

Flächen weggefallen sind in den letzten Jahren, weil wir durch Ausgleichsmaßnahmen Flächen gebraucht haben oder einfach auch für die eine oder andere Baumaßnahme, wo halt Flächen weggefallen sind. Uns als CDU-Fraktion ist es wichtig, dass unsere Betriebe, die es in der Stadt gibt, dass die weiterhin ihre Existenzsicherung haben, weil sie ihre Familien und auch viele, viele Angestellte und Mitarbeiter damit versorgen und eben zur Versorgungssicherheit beitragen. Uns geht es in die falsche Richtung, wenn wir hier immer die Biolandwirte gegen die konventionellen Landwirte ausspielen, denn wir finden, dass beide Arten der Landwirtschaft sehr wichtig sind, für unsere Gesellschaft, für unsere Volkswirtschaft. Deswegen geht uns auch diese Vorlage in dieser Richtung zu weit, dass eben zukünftig Biobetriebe bevorzugt werden sollen, wenn es um Flächenneuverpachtungen geht. Außerdem hatten wir in unserem Änderungsantrag auch beantragt, die Ziffer 1 der Maßnahmen vollständig zu streichen, das heißt, eben nicht auf zehn Jahre hier fest zu gehen. Wir meinen, in der aktuellen Situation, in der sich die Landwirtschaft befindet, und diese Situation ist wirklich nicht einfach für die Landwirte, sind zehn Jahre auch zu lang. So lange, meinen wir, möchte sich niemand binden und auch wir als Stadt sind dadurch nicht flexibel, wenn sich vielleicht andere Gelegenheiten ergeben. Insofern, wir stehen hinter unserer Landwirtschaft, Regionalität ist uns wichtig, und wir bitten, unserem Änderungsantrag entsprechend heute zuzustimmen, dass wir die Betriebe einfach auch berücksichtigen, die mit Direktvermarktung hier für die Versorgung unserer Bevölkerung zur Verfügung stehen und uns unterstützen.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Aller guten Dinge sind drei, ich freue mich, dass wir heute endlich über diesen Punkt verhandeln. Es war nicht nur der Wunsch der Grünen, sondern auch der Wunsch der SPD, dass wir uns dem Thema der ökologischen Landwirtschaft in diesem Gremium annehmen und diskutieren. Das haben wir getan, in verschiedenen Ausschüssen, und heute auch hier im großen Plenum. Wir freuen uns, und da wollen wir der Verwaltung ganz klar danken, dass sie diesen Vorstoß gemacht hat, die Pachtvertragsvergabe zukünftig auch an die ökologische Landwirtschaft zu knüpfen. Wir wissen alle, wie wichtig und wie gut die ökologische Landwirtschaft ist, und wir wissen aber auch alle, dass es mit einem erheblichen Mehraufwand verbunden ist, gerade bei der Umstellung von konventionelle auf ökologische Landwirtschaft. Das ist etwas, was wir denken, was man unterstützen muss. Es passt wunderbar in die Nachhaltigkeitsagenda unserer Kommune, aber auch gut in die von Land und Bund. Das haben wir ja schon gehört. Wir haben einen kleinen Ergänzungsvorschlag zu der Verwaltungsvorlage. Den möchte ich kurz begründen. Ich glaube, es ist kein großes Geheimnis, festzustellen, dass durch die Globalisierung und auch vor allem durch die Globalisierung des Lebensmittelmarktes vielen Menschen das Gespür für Lieferketten verloren gegangen ist, vielen Menschen das Gespür für die Produktionsbedingungen vor Ort, für die Arbeitsbedingungen vor Ort, verloren gegangen ist und viele andere Dinge auch. Deswegen ist es uns wichtig, dass wir den Fokus auf Direktvermarktung legen, dass man den Menschen wieder beibringt, saisonal und regional zu kaufen, und ich glaube, und das hat die Kollegin Rastätter ganz richtig erkannt, dass die Menschen da natürlich schon von ganz alleine drauf kommen, aber wir denken, dass wir das durchaus unterstützen können, und deswegen haben wir uns eben dafür stark gemacht, dass die Direktvermarktung auch noch mal eine priorisierte Rolle spielt. Wir hätten gerne den Begriff Direktvermarktung eigentlich durch Regionalvermarktung ersetzt, weil im Prinzip ist es völlig egal, ob der Salatkauf jetzt direkt am Hofladen verkauft wird oder beim Einzelhändler um die Ecke. Wir haben uns aber überlegt, dass es eigentlich wahrscheinlich kaum zu kontrollieren ist, dass es ein Bürokratiemonster gibt, denn ich kann mir vorstellen, dass die Frage, ob jetzt ein Landwirt oder eine Landwirtin Regional vermarktet, dass das sehr, sehr stark von der

Marktlage abhängen kann, von der Saison abhängen kann und dass sich das oft auch ändern kann und kein Mensch weiß, wie man das kontrollieren soll. Deswegen haben wir das jetzt gar nicht erst ins Spiel gebracht, sondern konzentrieren uns jetzt tatsächlich auf die Direktvermarktung, die natürlich ein Spezialfall der Regionalvermarktung ist. Zur Frage Haupt- und Nebenerwerb, unsere Erfahrung und auch meine Erfahrung, und da spreche ich jetzt als Ortsvorsteher in Wolfartsweier ist natürlich die, dass, natürlich ist es toll, wenn man Haupterwerbslandwirtinnen hat und auch wir haben in Wolfartsweier noch zwei, aber ich muss feststellen, dass ganz, ganz viele Menschen sich Haupterwerbslandwirtschaft gar nicht mehr leisten können und ein Stück weit in die Nebenerwerbslandwirtschaft gezwungen sind und dass man diese Menschen unterstützt, das finden wir wichtig, und deswegen möchten wir eben die Gleichstellung zwischen Haupt- und Nebenerwerbslandwirtschaft.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Ich finde es sehr wichtig, meine Fraktion findet es wichtig, dass wir dieses heute diskutieren. Wir haben eben mit einem höheren Teil von ökologischer Landwirtschaft viele positive Wirkungen, Biodiversität und Ähnliches. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass die Stadt hier eine geringfügige, viel ist es ja nicht, Steuerungsmöglichkeit hat, indem sie so eine Vergabe-Prioritäten festlegt. Wir folgen da eigentlich der Vorstellung der Stadt, indem wir sagen, es sind schon die Biobetriebe, die oben stehen sollten, innerhalb der jeweiligen Bio- oder konventionellen Landwirtschaft klar die Direktvermarktung vorne, aber wir würden der Reihenfolge der Verwaltungsvorlage zustimmen. Eine Sache würden wir gerne anders sehen, es wird ja auch zum Teil offen gelassen. Wir würden keine Unterschiede zwischen Haupt- und Nebenerwerbslandwirte machen wollen. Unter dieser Prämisse können wir da zustimmen, und weil das für die Betriebe eine wirtschaftliche Herausforderung ist, sich umzustellen, würden wir auch die Mindestzeit von zehn Jahren begrüßen. Ich denke, das schränkt die Stadt ein, wie es geschrieben ist, aber wenn ein Betrieb hier eine gewisse Investition übernimmt, dann braucht er auch diese Sicherheit.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ökologische Landwirtschaft kann ein gutes Business-Modell sein. Ich bin persönlich finanziell in ökologischer Landwirtschaft in Dänemark involviert und damit zufrieden, aber in einer freien Marktwirtschaft, oder wie Oberbürgermeister Heinz Fenrich mich früher in diesem Saal belehrt hat, in einer sozialen Marktwirtschaft müssen die Produktionsmethoden von dem Produzenten und von dem Konsumenten entschieden werden. Ich habe wirklich großen Respekt für alle in diesem Saal, aber nur eine kleine Minderheit hat wahrscheinlich wirtschaftliche Erfahrungen und Kompetenzen, und noch weniger haben landwirtschaftliche Erfahrungen. Für Landwirtschaft gibt es schon strengere Rahmenbedingungen. Sowohl historisch als auch geografisch existieren nur schlechte Beispiele, wenn Politiker sich direkt in die marktwirtschaftlichen Produktionsmethoden involviert haben. Wir unterstützen deshalb den Änderungsantrag von der CDU.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich habe an sämtlichen Stationen der Vorberatung dieser Verwaltungsvorlage teilgenommen, und ich muss schon sagen, was ich enttäuschend finde, ist, dass das, was die Landwirte dazu zu sagen hatten, eigentlich überhaupt keinen Einfluss hatte auf die Diskussion hier im Gemeinderat. Denn die Landwirte haben gesagt, sie wollen keine zusätzliche Reglementierung, und genau das wird jetzt hier mit dieser Vorlage gemacht. Es wird eine zusätzliche Reglementierung eingeführt. Bei Licht gesehen fällt mir nur noch ein Argument ein, warum wir das überhaupt machen, nämlich wir wollen oder die Verwaltung will offensichtlich das Programm der GRÜNEN für diese Legislaturperiode noch umsetzen, damit die besser in den Wahlkampf starten können. Einen anderen Grund kann

ich wirklich nicht erkennen. Die Landwirte haben gesagt, sie brauchen keine Regulierung. Wenn man hier mal im Internet schaut, kurz vor Weihnachten, große Schlagzeile, der Bio-markt erlebt gerade den schlimmsten Einbruch seit 35 Jahren, kurz vor Weihnachten. Warum, weil Lebensmittel auf einmal deutlich teurer geworden sind und die Leute dann eben keine Bio-Lebensmittel mehr gekauft haben. Das ist genau das Problem der Landwirte. Die Nachfrage nach den verschiedenen Ackerfrüchten und nach der Art, wie sie erzeugt werden, schwankt sehr stark. Dazu kommt, dass viele Höfe Bio produzieren, aber die Kosten für die Zertifizierung scheuen. Das heißt, am Ende können nur Zertifizierte dann als Bio-Höfe in den Genuss dieser Vorrechte, die die Stadtverwaltung ihnen jetzt einräumen möchte, kommen, aber viele, die Bio anbauen, sind gar nicht zertifiziert, einfach auch, weil die Landwirte Flexibilität brauchen. Sie müssen in der Lage sein, auf den Markt zu reagieren und unser Interesse muss doch sein, es unseren Landwirten hier auf unsere Gemarkung so leicht wie möglich zu machen und nicht ihnen noch Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen, und genau das machen wir hier. Deswegen werden wir als AfD diesen Verwaltungsantrag ablehnen, und wir werden, weil er eine gewisse Erleichterung bedeutet, dem CDU-Änderungsantrag aber zustimmen für den Fall, dass der Antrag am Ende dann doch angenommen wird.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.):** Unsere Fraktion begrüßt die Verwaltungsvorlage, aber kann an dieser Stelle natürlich auch in die Kerbe schlagen, die teilweise schon geschlagen wurde, und zwar eben Nebenerwerb und Haupterwerb gleichzustellen, weil beide einfach eine wichtige Säule sind und natürlich es auch heutzutage leider sehr, sehr schwierig geworden ist, sich hauptsächlich aus der Landwirtschaft auch zu finanzieren. Die Vorlage natürlich spricht für sich, weil sie wie auf unseren eigenen Flächen natürlich auch die Ziele verfolgen, hier auch Biodiversität zu fördern. Insofern braucht man hier gar nicht mit irgendwelchen marktwirtschaftlichen Sachen kommen. Darum geht es gar nicht, sondern es geht einfach nur um Verpachtung, aber an dieser Stelle ein Staunen über den Antrag der GRÜNEN, hier eben Direktvermarktung Biobewirtschaftung vorzuziehen, weil ich kann jetzt auch nicht erkennen, inwieweit das zur Erreichung der ja von Ihnen genannten Landesziele wirklich auch einen Beitrag leistet.

**Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR):** Eigentlich kämpfen wir hier um fast nichts. Wir haben keine Fläche momentan verfügbar, aber wir machen richtige Kämpfe hier. Ich frage mich schon ein bisschen, schaffen wir jetzt einfach Bürokratie? Also der arme Mensch, der das entscheiden muss nachher, also was der alles durchgehen muss, was der alles bedenken muss. Ich möchte nach der Direktvermarktung fragen. Wie viel Zeit, wenn einer zehn Eier verkauft, ist es auch schon Direktvermarktung, oder ist es Vermarktung erst ab einer gewissen Größe oder Prozentsatz? Welchen Prozentsatz vom Umsatz muss er auf dem Hof vermarkten? Wie will man das definieren, dass er eine Direktvermarktung hat? Also das finde ich ein sehr fragwürdiges Kriterium, und deswegen würde ich es am liebsten auch streichen. Wie gesagt, wir haben keine Flächen, dass Biolandwirtschaft gesund ist und gut und nachhaltig, das ist gar keine Frage, da sind wir ganz dahinter, aber diese Kriterien mit Direktvermarktung, das würde ich doch bitten zu streichen. Wir werden der Verwaltungsvorlage folgen an der Stelle, aber wie gesagt, diese Differenzierung, das ist unnötig und brauchen wir nicht. Danke schön.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU):** Es ist schon klar geworden, welche Seite des Hauses hier im Grunde mit Verwaltungsmaßnahmen versucht, auf die freie Marktwirtschaft im Rahmen der Landwirtschaft Einfluss zu nehmen, und da ist natürlich das Wörtchen Bio eine Marke,

die ganz gut zu bestimmten Gruppierungen hier passt, und das stellt man heraus und die Verwaltungsvorlage folgt dem, leider Gottes, aus unserer Sicht nicht kritisch genug. Direktvermarkter sollen gewonnen werden, umzuschwenken, und jetzt muss ich mal auf ein Kostenargument eingehen, das der eine oder andere hier auch schon gebracht hat. Die gesamte Landwirtschaft steht, was diese Ertragsfähigkeit angeht, mit dem Rücken zur Wand und je nachdem, wie die klimatischen Verhältnisse sind, ist es mal schlimmer und mal weniger schlimm, aber trotz allem geben Sie ja zu, Herr landwirtschaftlich geprägter Ortsvorsteher, dass es beiden Gruppierungen den Direktvermarktern wie den Bio-Landwirten wirtschaftlich sehr, sehr schwerfällt, am Markt zu bestehen. Das sollte man einfach mal sehen. Stellen Sie sich vor, eine Fläche wird denn dann doch irgendwann mal frei, neben einem Direktvermarkter, an wen muss jetzt die Verwaltung die Fläche ausgeben, an einen Bio-Betrieb, der möglicherweise in keiner Weise jetzt auch sachlich naheliegen würde. Das aber zwingt diese doch sperrige Verwaltungsvorlage, die wir natürlich als CDU ablehnen müssen. Ich denke, wir müssen den schon gebeutelten Betrieben nicht noch weitere Schwierigkeiten unterbreiten.

**Stadtrat Haug (KAL/Die PARTEI):** Ich habe nur eine kurze Nachfrage, weil es ja auch vorhin um den Aufwand von Zertifizierung ging. Ich habe die Vorlage so verstanden, dass die Einordnung als Bio-Betrieb von der tatsächlichen Bewirtschaftung abhängt und nicht notwendigerweise eine Zertifizierung als Grundlage hat.

**Der Vorsitzende:** Also wir sind schon auf eine Zertifizierung angewiesen, wenn es anschließend als Bio-Artikel verkauft werden soll. Da gibt es eine Regelung, die wir auch nicht als Stadt jetzt irgendwie anders definieren wollen, zum einen. Ich glaube, bei den zehn Jahren liegt ein Irrtum vor. In der Vorlage heißt es nicht, jeder muss sich zehn Jahre verpflichten, sondern wir bieten zehn Jahre an, damit sich bestimmte Umstellungsaufwendungen überhaupt lohnen und der Landwirt sicher sein kann, dass er es dann auch über zehn Jahre sicher hat, aber ich bin völlig sicher, dass, wenn ein Landwirt sagt, der will keine zehn Jahre, wir damit kein Problem hätten. Nur es ist ein Angebot, das über unsere bisherigen Angebote hinausgeht. Insofern wird hier niemand zu irgendwas verpflichtet, was er nicht will, aber er bekommt eine größere Planungssicherheit, als er sie bisher hatte. So ist das zu verstehen. Ich habe Sie jetzt, Frau Stadträtin Meier-Augenstein, anders verstanden, aber wir kommen ja gleich bei der Abstimmung noch mal dazu, das ist Ihr Punkt 2, glaube ich, in dem Antrag, Ihre Ziffer 2.

Dann wurde hier behauptet, wir würden irgendjemandem Knüppel zwischen die Beine schmeißen oder wir würden irgendwelche marktwirtschaftlichen Prinzipien aushebeln. Also mir ist noch mal einerseits ganz wichtig, wir versuchen mit den wenigen Einflussmöglichkeiten, die wir haben, und wir haben nur auf unsere eigenen städtischen Flächen Einflussmöglichkeiten, ein Ziel der schwarz-grünen oder grün-schwarzen Landesregierung umzusetzen, und als dieses Ziel eingeführt wurde in einem Landesgesetz, kann ich mich nicht erinnern, dass der CDU-Kreisverband hier mit großer Vehemenz dagegen Politik betrieben hätte. Insofern jetzt ausgerechnet als CDU-Fraktion der Stadt vorzuwerfen, es sei jetzt eine grüne Ideologienpolitik, das finde ich schon wirklich ein bisschen witzig, wenn ich mir das Verhalten in Stuttgart angucke und zeigt noch mal, dass es hier Konflikte an ganz anderer Stelle gibt, aber bitte nicht bei uns hier vor Ort.

Wenn ich dieses Ziel der 30 Prozent aber erreichen will, weil ich ja ein treuer Volksmann der Landesregierung bin, dann muss ich die biologische Bewirtschaftung aber eindeutig vor

die Direktvermarktung setzen. Insofern verstehe ich dann wiederum unsere Grünen-Partner nicht, dass Sie gemeinsam mit der SPD sagen, also dann ist uns die Direktvermarktung aber im Zweifelsfall doch wichtiger als der Bio-Anbau. Das verstehe ich ehrlich gesagt dann auch nicht und es ist ja weder so, dass wir irgendeinen zwingen, seine Anbaumethode zu ändern noch ist es so, dass wir sagen, wir verpachten nur noch an Bio-Betriebe, sondern in dem Moment, wo eine Fläche frei wird, und wir haben mehrere Interessenten und wir müssen sowieso in eine Auswahl gehen, dann ist uns die Bio-Anbaumethode prioritär zu anderen Dingen, nichts mehr und nichts weniger. So würden Sie auch als Privatmann bei der Vermietung Ihrer Wohnung umgehen, wenn Sie einen lärmsensiblen Nachbarn haben, und dann kommt ein Mieter, der spielt Blockflöte und ein Mieter, der spielt Posaune, dann würden Sie auch die Priorität setzen, dass Sie lieber den mit der Blockflöte nehmen, weil das mit dem Nachbarn wahrscheinlich verträglicher ist. Da hebeln Sie keine Marktwirtschaft aus, und wenn sich halt nur Posaunenbläser bewerben, müssen Sie halt einen Posaunenbläser nehmen, weil Sie die Fläche bewirtschaften wollen. Also ich verstehe ehrlich gesagt diese ganze Aufregung überhaupt nicht. Wir setzen hier konsequent unsere wenigen Möglichkeiten ein, um landespolitische Ziele vorzugeben.

Warum sind uns diese Ziele aber abseits der Landespolitik wichtig, denn Sie wissen ja auch, dass ich sehr kritisch manchmal bin. Es geht doch schlichtweg darum, sicherzustellen, dass möglichst nur noch wenige Flächen in dieser Stadt oder weniger Flächen als vorher mit irgendwelchen Pflanzenschutzmitteln und allem Möglichen bombardiert werden und wir deswegen ein Diversitätsproblem haben, dass jeder, der durch die Stadt läuft, schon seit Jahren wahrnehmen kann, dass wir dadurch auch immer noch nicht ausschließen können, dass es auch gewisse Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen hat, gerade in diesem engen Zusammenleben zwischen Landwirtschaft und Stadtbevölkerung. Deswegen ist es eine Prioritätensetzung auch in Rücksicht auf das Thema Biodiversität und in Rücksicht auf das Thema Gesundheitsschutz der Bevölkerung, nachdem wir als Kommune nicht in der Lage wären, einfach den Einsatz von bestimmten Mitteln, man muss ja auch darüber streiten, das ist aber nicht unser Ding, hier grundsätzlich auszuschließen. Deswegen, Sie haben Recht, wir haben im Moment keine großen Flächen zur Auswahl, aber wer weiß denn, vielleicht gibt es auch da mal einen Generationswechsel und wir haben plötzlich doch wieder, und dann können wir diese Priorisierung so einsetzen, wie wir sie Ihnen vorschlagen und damit möglicherweise das Ziel der 30 Prozent früher erreichen, aber auch das Ziel, weniger durch entsprechende Einsätze von Mitteln belasteten Flächen. Und wenn es so sein sollte, wie die vielen landwirtschaftlichen Experten hier prognostizieren, dass es gar keine Landwirte gibt, die sich unter diesen Bedingungen überhaupt auf diese Flächen bewerben können, weil die Flächen zu klein sind oder warum auch immer, dann bleiben eben nur die anderen Bewerber übrig, und dann werden die eben dann den Zuschlag kriegen. Also es passiert doch nichts. Es bleibt am Ende keine Fläche ungenutzt. Es wird überall irgendwas gemacht, und wir können aber priorisieren, wenn wir andere Ziele mit hinzuziehen. Darum geht es und ich finde, damit setzen wir den Auftrag, den wir aus dem Gemeinderat bekommen haben, um. Wir liegen auf der Linie landespolitischer Zielsetzungen. Wir können einen kleinen Beitrag leisten zur Biodiversität, und ich verstehe überhaupt nicht, was diese emotionalisierte Debatte an der Stelle eigentlich bedeutet.

Dass wir im Vorfeld, Herr Stadtrat Pfannkuch, festgestellt haben, dass wir teilweise viel zu wenig über unsere Strukturen wissen, dass wir auch da Zusammenhänge nicht kennen, deswegen gar nicht wissen, was das jetzt von der Steuerung am Ende bedeutet, auch das zeigt wieder, dass hier überwiegend die normale Marktwirtschaft agiert und wir, selbst

wenn wir diese Daten alle hätten, zwar vielleicht an der einen oder anderen Stelle schlauer wären, aber da alle an der wirtschaftlichen Linie marktwirtschaftlich agieren werden, werden Sie dann mit der Situation schon so zurechtkommen können, wie es eben möglich ist, und wenn eben sich niemand bewirbt, der mit Bio-Anbau kommt, weil sich es für ihn schlichtweg nicht rentiert, dann werden wir eben die Felder an andere vergeben, und dann werden sie trotzdem bewirtschaftet. Das vielleicht noch mal zum Verständnis der Stadtverwaltung an dieser Stelle.

**Stadträtin Meier-Augenstein (CDU):** Ich könnte jetzt zu vielen Punkten auch noch was sagen, möchte aber jetzt wirklich nur noch auf diese erste Ziffer eingehen, zu den zehn Jahren, weil Sie mich da auch direkt angesprochen haben. In der Vorlage der Verwaltung als vorgeschlagene Maßnahme heißt es, dass die Pachtverträge auf eine feste Laufzeit von mindestens zehn Jahren angehoben werden. Das heißt, es ist eine ganz klare Anweisung, zehn Jahre oder mehr. Es ist keine Kann-Vorschrift, wie Sie es gerade versucht haben klarzumachen. Das möchte ich jetzt einfach noch mal ganz deutlich sagen. Deswegen haben wir beantragt, diese Ziffer eben zu streichen.

**Der Vorsitzende:** Also ich interpretiere die Aussage hier anders, sorry, aber wir können es ja einfach abstimmen, und dann schauen wir.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Vielen Dank, dass Sie mich jetzt noch mal drannehmen. Ich möchte jetzt einfach auf eine Aussage reagieren, die Sie jetzt zum Schluss gemacht haben, um damit letztendlich noch ein Argument für diese zusätzliche Regelung zu finden. Die Pflanzenschutzmittel, es ist durchaus so, dass auch, wenn man Bio-Landwirtschaft betreibt, man Pflanzenschutzmittel einsetzt, und die sind aber dann auf Kupferbasis. Es sind also spezielle Pflanzenschutzmittel. Es sind andere Pflanzenschutzmittel nicht zugelassen, die auf Kupferbasis sind zugelassen. Die haben nur das Problem, dass sie weniger wirksam sind und dass deswegen davon deutlich mehr eingesetzt wird, was schon dazu geführt hat bei manchen Böden, dass einfach zu viel Kupfer im Boden war, was dann wieder zu anderen Nachteilen geführt hat. Also ich möchte dem widersprechen, dass bei Bio-Landwirtschaft keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden. Es werden welche eingesetzt, und die haben ihre eigenen Probleme.

**Der Vorsitzende:** Ja, ich hatte ja schon angedeutet, dass ich da gar nicht vertieft einsteigen kann, weil ich da kein Fachmann bin. Es gibt auch biologische Pflanzenschutzmittel, die kann man dann wieder anders sehen. Also sehen Sie mir bitte diese sehr pauschale Betrachtung nach, aber Sie haben alle verstanden, was ich damit meine und wo für mich der Unterschied zwischen Bio-Landwirtschaft und nicht-Bio-Landwirtschaft ist, und das ist, glaube ich, auch unstrittig.

Dann kommen wir jetzt in die Abarbeitung der verschiedenen Anträge. Ich möchte Sie noch mal bitten, die Beschlussvorlage der Verwaltung vorzunehmen, sie in die Hand zu nehmen, weil wir haben Ihnen in Ihren Stellungnahmen etwas zugesagt, was ich jetzt feststelle, in der Verwaltungsvorlage nicht geändert ist. Wir haben alle Anträge, die die Gleichstellung von Haupterwerbslandwirtschaften und Nebenerwerbslandwirtschaften fordern, ja gesagt, dass wir dem folgen. Deswegen müsste im Grunde auf der Seite 4 unserer Vorlage aus der Ziffer 5 Nebenerwerbsbetriebe, die können Sie im Grunde streichen, und können im Grunde oben immer reinschreiben, landwirtschaftliche Bio-Betriebe mit Direktvermarktung, dann Ziffer 2, landwirtschaftliche Bio-Betriebe ohne Direktvermarktung, dann



landwirtschaftliche Betriebe mit Direktvermarktung und landwirtschaftliche Betriebe ohne Direktvermarktung. Dann wird die Ziffer 5 aufgehoben, und das Ganze wird gleichgesetzt. Das war ja auch schon aus der Antragslage heraus ein Mehrheitswunsch. Das haben wir Ihnen zugesagt. Wir haben es nur, warum auch immer, über den langen Beratungsweg versäumt, es hier zu ändern. Das ist also die Ausgangsbasis, auf der wir jetzt versuchen, die verschiedenen Anträge abzuarbeiten.

Ich würde dazu jetzt den aus meiner Sicht weitergehenden Antrag nehmen. Das ist der GRÜNEN- und der SPD-Antrag, der quasi ja dann die landwirtschaftlichen Betriebe mit Direktvermarktung vor die landwirtschaftlichen Bio-Betriebe ohne Direktvermarktung nehmen möchte.

**Stadtrat Dr. Huber (SPD):** Ich habe mich gerade mit der Kollegin Rastätter kurzgeschlossen. Ich glaube, wir sind der Meinung, dass der CDU-Antrag weitestgehend ist, weil er ja komplett auf den Begriff der Bio-Landwirtschaft verzichten möchte.

**Der Vorsitzende:** Gut, das ist jetzt von der Reihenfolge egal, weil ich hätte sie eh alle zur Abstimmung gestellt. Dann nehmen wir den CDU-Antrag.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Normalerweise läuft es ja so, dass jetzt durch die Änderungsanträge die Vorlage geändert wird, und so machen wir es jetzt auch, und am Ende können wir dann die geänderte Vorlage noch mal abstimmen?

**Der Vorsitzende:** Ja.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Okay, danke schön.

**Der Vorsitzende:** Okay. Also dann nehmen wir den CDU-Antrag jetzt vor und wir haben hier unter, jetzt muss ich mal überlegen, ob wir das, ja, wir können es auch alles gemeinsam abstimmen, oder wollen wir es getrennt abstimmen? Weil es ja inhaltlich noch mal einmal eine Konkurrenz zum SPD-/GRÜNEN-Antrag ist und an zwei Ziffern nicht. Das müssten Sie jetzt entscheiden. Also die Ziffer 1 ist ja erledigt, soweit wir es können. Die Ziffer 2 begehrt ja, dass wir auf diese zehn Jahre verzichten und die würde ich dann gerne getrennt abstimmen, weil sie nichts mit dem anderen zu tun hat, okay.

Dann rufe ich die Ziffer 2 des CDU-Antrags auf, auf diese zehn Jahre Festbindung zu verzichten, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann die Ziffer 3, Bio-Betriebe, unkonventionelle Betriebe mit Direktvermarktung. Ja, okay, Sie haben da im Grunde mehrere Ziffern zusammengefasst, die wir vorher getrennt hatten. Das ist noch mal eine abweichende Form von dem, was die GRÜNEN und die SPD begehren. Also dann würde ich jetzt die CDU-Lösung zur Abstimmung stellen, und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist auch eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann kommen wir zum Antrag der GRÜNEN und der SPD-Fraktion, wie gesagt, Haupterwerb und Nebenerwerb haben wir schon gleichgestellt. Jetzt geht es nur noch darum, ob die Nicht-Bio-Betriebe mit Direktvermarktung priorisiert werden sollen gegenüber den Bio-Betrieben ohne Direktvermarktung. Jetzt habe ich es, glaube ich, richtig gesagt. Darüber stimmen wir jetzt ab, und zwar ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Damit haben wir jetzt die, Sie wollten auch ablehnen, das macht es noch mehrheitlicher. Dann haben wir jetzt die unveränderte Verwaltungsvorlage. Wobei ich ja schon darauf hingewiesen habe, dass wir die Haupt- und die Nebenerwerbsbetriebe gleichstellen, die Ziffer 5 streichen und das nach oben jeweils ergänzen. Diese so, zwar von mir bzw. von Ihnen, aber nicht über die Änderungsanträge, veränderte Beschlussvorlage stimmen wir jetzt abschließend ab, und ich bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung. Vielen herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
9. Mai 2023